Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Nachhaltigkeit leben: Perspektiven für eine gerechte Zukunft

Im Jahr 2015 einigten sich die Vereinten Nationen auf einen globalen Transformationsprozess, der durch 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) strukturiert wird. Diese zielen darauf ab, bis 2030 eine sozial und ökologisch gerechte Veränderung unseres Lebensstils und unserer Wirtschaftsweise einzuleiten. Nachhaltigkeit umfasst somit nicht nur den Schutz der Umwelt, sondern auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Fairness.

Der Freistaat Sachsen hat mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie und der Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung wichtige Schritte zur Umsetzung dieses globalen Ziels eingeleitet. Trotz dieser Fortschritte zeigen insbesondere junge Menschen – sei es in Jugendverbänden, Klimabewegungen oder durch Demonstrationen – auf, dass der Fortschritt in der praktischen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu langsam voranschreitet. Sie fordern eine beschleunigte Transformation und weisen darauf hin, dass die gesetzten Ziele zunehmend unerreichbar erscheinen.

Wir Jugendverbände und Jugendringe im Freistaat Sachsen sind entschlossen, Veränderungen voranzutreiben und setzen uns intensiv für eine nachhaltige Zukunft ein. Wir stoßen dabei jedoch immer wieder auf Herausforderungen, sei es in der Förderlogik oder in der Akzeptanz spezifischer Themen. Daher fordern wir die Landespolitik auf, in verschiedenen Bereichen entschlossener zu handeln, um die gesetzten Nachhaltigkeitsziele tatsächlich zu erreichen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft. Jugendverbände spielen eine zentrale Rolle in der informellen Bildung und bieten Räume, in denen Kinder und Jugendliche eigenverantwortlich lernen und handeln können. Durch BNE werden junge Menschen befähigt, komplexe globale Herausforderungen wie den Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt zu verstehen und Lösungsansätze zu entwickeln. Zudem fördern Jugendverbände durch BNE das kritische Denken und die Partizipation, was junge Menschen dazu ermutigt, sich aktiv in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen und selbst als Multiplikator*innen für Nachhaltigkeit zu wirken. In Sachsen gibt es seit 2024 eine aktualisierte Landesstrategie für BNE, die als Leitfaden für diese Bildungsprozesse dient. Wir Jugendverbände können uns aktiv in den Umsetzungsprozess einbringen und die Erfahrungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit und der praktischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einfließen lassen. Die sächsischen Jugendverbände haben zudem die Möglichkeit, eng mit den regionalen BNE-Servicestellen Sachsens zusammenzuarbeiten, um ihre eigenen Bildungsangebote sowie die Ausbildung von Jugendgruppenleiter*innen zu prüfen, im Einklang mit den BNE-Zielen weiterzuentwickeln und regionale Netzwerke zu knüpfen.

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Wir fordern die Landespolitik auf, uns bei der Umsetzung der Ziele der Landesstrategie gezielt zu unterstützen. Dazu gehört die Bereitstellung finanzieller Mittel für Jugendverbände und Jugendringe, um bestehende Bildungsangebote sowie die Ausbildung von Jugendgruppenleiter*innen im Hinblick auf BNE weiterzuentwickeln. Zudem ist es notwendig, dass die BNE-Servicestellen intensiver auf Jugendverbände vor Ort zugehen und verlässliche personelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um BNE langfristig in der Kinder- und Jugendarbeit zu verankern.

(Jugend-) Beteiligung

Besonders bei Fragen der nachhaltigen Entwicklung ist es wichtig, die Stimmen der jüngeren Generation einzubeziehen, da sie direkt von zukünftigen Entscheidungen betroffen sind. Die aktive Mitwirkung von Bürger*innen und insbesondere Jugendlichen in Diskussions- und Entscheidungsprozessen stärkt nicht nur die Demokratie, sondern sorgt auch dafür, dass verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in den erforderlichen Transformationsprozessen berücksichtigt werden. Damit das gelingt, braucht es neben dem Engagement von Kindern, Jugendlichen und Fachkräften in der Jugend- und Jugendverbandsarbeit auch die notwendigen Kompetenzen in Politik und Verwaltung, solche Prozesse zu gestalten. Gleichzeitig muss die ehrliche Bereitschaft bestehen, Räume für junge Menschen zu schaffen, in denen sie ihre Interessen und Ideen wirkungsvoll einbringen können. Die Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung bietet hierfür Unterstützung und Begleitung, hält den Kontakt in die Trägerlandschaft, in Kommunen, Landkreise und Politik.

Wir fordern die Landespolitik auf, diesen Unterstützungsstrukturen eine langfristige Perspektive zu geben, damit die positive Beteiligungspraxis verstetigt und nachhaltige Mitwirkung sichergestellt werden kann. Dazu gehört auch, das Konzept von Bürger*innenräten in Sachsen als eine wertvolle Möglichkeit zu erproben, um unterschiedliche Meinungen zu bündeln und fundierte, breit akzeptierte Entscheidungen zu treffen. Wir fordern zudem den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung für junge Menschen durch Förderung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) in Sachsen. Die Transformation unserer Wirtschaft wird nur gelingen, wenn die Fachkräfte von morgen schon heute bei der Gestaltung von nachhaltigen Arbeits- und Wertschöpfungsprozessen mitreden können.

Mobilität

In Sachsen ist eine umfassende und nachhaltige Verkehrswende, die den Bedürfnissen junger Menschen gerecht wird, dringend notwendig. Besonders in ländlichen Regionen Sachsens muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden, damit Mobilität für alle zugänglich bleibt. Flächendeckende On-Demand-Angebote, wie Rufbusse, Anruflinientaxen sowie Sharing-Angebote (PKW, E-Roller, E-Scooter, Leihfahrräder, …) sollten als Mindeststandard etabliert werden, um auch außerhalb der Städte flexible und umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu bieten. Zudem ist es wichtig, die verschiedenen Verkehrsangebote besser zu verzahnen, Ressourcen effizient zu nutzen und Hürden bei der Nutzung abzubauen. Für junge Menschen soll der ÖPNV in Sachsen kostenlos zugänglich sein. Darüber hinaus muss der Radverkehr als zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Mobilität stärker gefördert werden. Für eine

sinnvolle Verzahnung von Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr sind sichere Abstellmöglichkeiten, wie Fahrradparkhäuser, essenziell. Zudem muss die Radweginfrastruktur besonders auf dem Weg zum ÖPNV, zur Schule und zu anderen Jugendorten verbessert werden.

Wir fordern von der Landespolitik, einen landesweiten Verkehrsverbund aufzubauen, um schlanke Strukturen, eine einheitliche Tarifstruktur und ein landesweites ÖPNV-Konzept ohne „Kirchturmdenken“ zu schaffen. Dieser Schritt ist essenziell, um die Verkehrswende voranzutreiben und den öffentlichen Nahverkehr als attraktive Alternative zum Individualverkehr zu etablieren. Eine mögliche erste Maßnahme in Richtung kostenfreier ÖPNV für junge Menschen wäre die Erweiterung des Geltungsbereichs des bestehenden Bildungstickets auf ganz Sachsen sowie die Öffnung für Auszubildende und Studierende. Zudem fordern wir sichere und gut ausgebaute Radwege – auch entlang ortsverbindender Landstraßen, die entscheidend dazu beitragen, jungen Menschen eine sichere und klimafreundliche Mobilität in der Stadt sowie auf dem Land zu ermöglichen.

Energie

Die Energieversorgung der Zukunft basiert ausschließlich auf regenerativen Energien, insbesondere Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse. Die Ziele des sächsischen Energie- und Klimaprogramms scheinen jedoch leider nicht mehr erreichbar; bei der Windkraft bildet Sachsen beispielsweise gemeinsam mit dem Saarland das Schlusslicht[1].

Wir fordern daher einen großflächigen Netzausbau sowie transparente und dialogorientierte Genehmigungsverfahren für alle Formen erneuerbarer Energien. Eine Beschleunigung dieser Verfahren darf jedoch nicht auf Kosten der Bürgerbeteiligung erfolgen. Die Energiewende kann nur im Einklang mit den Interessen und Bedenken der lokalen Bevölkerung gelingen. Insbesondere in ländlichen Räumen ist es entscheidend, gemeinsam Lösungen zu finden, die Menschen vor Ort frühzeitig in die Planungen einzubeziehen und finanzielle Teilhabe der Anlieger*innen und der Kommunen zu ermöglichen, um Akzeptanz zu schaffen bzw. zu stärken. Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 wird nicht kommen und soll wie geplant bis 2038 erfolgen. Wir können es uns jedoch nicht leisten, den Kohleausstieg weiter zu verzögern, und setzen darauf, dass dieser Termin in Sachsen eingehalten und, wenn möglich, vorgezogen wird.

Kritischer Konsum und öffentliche Beschaffung

Kritischer Konsum spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige Entwicklung in unserer Gesellschaft, und jede*r kann dazu einen Beitrag leisten. Dabei geht es nicht vorrangig um Verzicht, sondern um bewusste und verantwortungsvolle Kaufentscheidungen, die weder Mensch noch Umwelt schaden. Besonders die öffentliche Beschaffung, also der Einkauf von Gütern und Dienstleistungen durch staatliche Institutionen wie Schulen, Ämter oder Krankenhäuser, hat großen Einfluss. Diese Einrichtungen können durch die gezielte Auswahl nachhaltiger Produkte und Anbieter eine Vorbildfunktion übernehmen.

[1]Sächsische Zeitung, 5.1.2024: „Sachsen hat 2023 mehr Windräder abgerissen als neu gebaut“

Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.

Wichtig ist, das Wissen über ökologische und faire Alternativen in der öffentlichen Beschaffung zu verbessern, um nachhaltige Entscheidungen zu fördern. Verbindliche soziale und ökologische Kriterien sollten gesetzlich festgelegt und ihre Einhaltung transparent kontrolliert werden.

Zusätzlich braucht es verstärkte Bildungsarbeit, sowohl im formalen Bildungssystem als auch durch informelle Angebote, um Verbraucher*innen für nachhaltigen Konsum zu sensibilisieren. Öffentliche und durch öffentliche Mittel geförderte Einrichtungen sollten verpflichtet werden, ihre Beschaffungen nach regionalen, saisonalen, fairen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Wir fordern von der Landespolitik ein neues Vergabegesetz mit Tariftreueklausel und ökologischen Kriterien, das verbindlich für alle öffentlichen Aufträge von Land, Landkreisen und Kommunen ist. Gleichzeitig sollten Jugendverbände, die ein Nachhaltigkeitskonzept vorlegen können und nachweislich Schritte in Richtung nachhaltiger Entwicklung gehen, mit einer Erhöhung ihrer Zuwendungen unterstützt werden. Nur so kann eine langfristige Verankerung von nachhaltigem Konsum in der Gesellschaft gelingen.

Wirtschaft und Handel

Ein umfassend nachhaltiges Wirtschaftssystem ist entscheidend für eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Unternehmen müssen entlang ihrer gesamten Lieferketten, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, ihren menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten nachkommen – unabhängig davon, wo auf der Welt sie produzieren. Dabei darf unternehmerisches Handeln weder Mensch noch Natur schaden. Die Vermeidung von Müll und Plastik sowie die Reduktion langer Transportwege sollten fester Bestandteil des wirtschaftlichen Handelns werden. Um dies zu erreichen, sind klare gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, die sicherstellen, dass weder Mensch noch Umwelt bei der Produktion, dem Transport oder dem Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen Schaden nehmen. Zudem ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft unerlässlich, damit Produkte und Materialien so lange wie möglich wiederverwendet, repariert und recycelt werden können.

Wir fordern von der Landespolitik, einer diskutierten Abschaffung des Lieferkettengesetzes entschieden entgegenzutreten und für Rahmenbedingungen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft einzutreten, die Unternehmen wirkungsvoll in die Pflicht nehmen. Nur so kann ein nachhaltiges Wirtschaftssystem geschaffen werden, das den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt gerecht wird.

Nachhaltige Sanierung und Gestaltung öffentlicher Räume

Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude wie Schulen und Kitas sowie der Gestaltung von Freiflächen muss der Erhalt und die Förderung der Biodiversität berücksichtigt werden. Es gilt, Lebensräume zu schaffen und die Natur in urbanen sowie ländlichen Räumen noch stärker in die Planung einzubeziehen. Statt

Flächen zu versiegeln oder eintönige Rasenflächen zu pflegen, sollten Gebäude und Außengelände als Lebensräume für Pflanzen und Tiere erkannt und genutzt werden.

Wir fordern die Landespolitik auf, stärkere Anreize zu schaffen für die Begrünung von Dächern, die Anlage von Biodiversitätsinseln oder die Schaffung von naturnahen Gartengestaltungen. Besonders wichtig ist es, Glasflächen vogelschutztauglich zu gestalten und Außenbeleuchtungen so zu installieren, dass sie insekten- und fledermausfreundlich sind. Diese Maßnahmen fördern die Artenvielfalt, schaffen ein lebendiges, nachhaltiges Umfeld und tragen zum Klimaschutz bei.

Nachhaltigkeit durch Geschlechtergerechtigkeit

Eine nachhaltige Gesellschaft setzt soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung voraus – das schließt die Förderung aller Geschlechterperspektiven mit ein. Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur ökologische Verantwortung, sondern auch den Abbau von Diskriminierung und die Schaffung gerechter Lebensbedingungen für alle Geschlechter und Identitäten. Jugendverbände leisten hier einen entscheidenden Beitrag, indem sie Räume schaffen, in denen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gelebt und gefördert werden. Sie setzen sich aktiv für den Abbau von Vorurteilen ein, fördern gegenseitiges Verständnis und machen queere, feministische und geschlechterspezifische Perspektiven in ihrer Bildungsarbeit sichtbar.

Wir fordern die Landespolitik auf, diese wertvolle außerschulische Arbeit stärker zu unterstützen und Projekte der geschlechtersensiblen und spezifischen Geschlechterarbeit in der Kinder-Jugendverbandsarbeit gezielt finanziell zu fördern. Darüber hinaus müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt umfassend schützen und strukturelle Diskriminierung verhindern, um eine ganzheitlich nachhaltige und gerechte Gesellschaft zu ermöglichen.

Inklusion

Inklusion ist ein grundlegendes Prinzip für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) schafft wichtige Rahmenbedingungen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zu fördern. Jugendverbände spielen eine zentrale Rolle, indem sie inklusive Angebote schaffen, die allen jungen Menschen – unabhängig von körperlichen, geistigen oder sozialen Voraussetzungen – die Möglichkeit geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Durch inklusive Freizeiten, Workshops und Projekte ermöglichen Jugendverbände, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gelebt wird. Sie tragen so dazu bei, Barrieren abzubauen und ein Verständnis für die unterschiedlichen Bedürfnisse und Potenziale aller jungen Menschen zu schaffen.

Wir fordern von der Landespolitik, die Umsetzung des KJSG weiter zu unterstützen und ausreichende finanzielle Mittel bereitzustellen, um inklusive Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit zu stärken und innovative Ansätze zu erproben. Zudem muss die Förderung der Barrierefreiheit in allen öffentlichen und

geförderten Einrichtungen konsequent vorangetrieben werden. Inklusive Ansätze müssen langfristig verankert und strukturell abgesichert werden, damit die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen Realität wird.

Umgang mit zivilem Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam ist eine Form des Protests, die zunehmend im Kontext der Klimabewegung angewendet wird, um auf die Dringlichkeit nachhaltiger Veränderungen hinzuweisen. Auch wenn solche Aktionen bewusst gegen bestehende Regeln verstoßen, liegt ihrem Anliegen oft das berechtigte Ziel zugrunde, politische und gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. Besonders in Zeiten, in denen der politische Fortschritt als zu langsam empfunden wird, kann ziviler Ungehorsam als Ausdruck von Frustration und als Appell zum Handeln verstanden werden. Dabei sollte jedoch immer der Fokus auf den gemeinsamen Weg zu einer nachhaltigen und gerechten Zukunft gerichtet bleiben.

Wir fordern die Landespolitik auf, den ernsthaften Dialog mit Aktivist*innen zu suchen, um die zugrunde liegenden Probleme anzugehen und lösungsorientiert zu diskutieren, statt nur deren Protestformen anzuprangern und zu fokussieren. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, berechtigte Interessen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, bevor Proteste überhaupt eskalieren.

Beschluss des Hauptausschusses des Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. am 19.03.2025